



ENTWICKLUNG UND EXTRAKTIVISMUS DIE NEUEN "BANANEN-REPUBLIKEN"

Das Megaprojekt des Baus eines interozeanischen Kanals in Nicaragua und die jüngst erfolgte Verabschiedung eines Gesetzes das die Durchführung des Projektes ermöglicht, hat erneut eine nie beendete und von den Regierungen immer vermiedene Debatte auf die nationale Agenda gesetzt: welchem Modell und in welcher Form von Entwicklung zu folgen ist, um wirklich eine Ende mit der Armut zu machen.

Die Illusion mit dem Bau des Kanals die erhoffte Entwicklung zu erreichen, wurde während

der letzten Tage und Wochen durch die Ankündigung und erste von dem chinesischen Unternehmen HKND ausgelöste Aktivitäten genährt. Aber das Fehlen von Transparenz und die widersprüchlichen Erklärungen seiner Sprecher erzeugen mehr Unsicherheit als Gewissheit. Die Sektoren die in diesem Projekt eine Bedrohung der Souveränität, der Umwelt und der natürlichen Ressourcen des Landes sehen, haben wegen der Verfassungswidrigkeit des Gesetzes das dieses zulässt, 39 Rechtsmittel eingelegt. Einige politische Analysten und Ökonomen haben ihre Stimme

erhoben und beziehen sich auf die komparativen Vorteile der möglichen Projektverwirklichung und der Übereinkunft zwischen den Vereinigten Staaten und China im Rahmen der expansionistischen Politik der beiden letzteren in Lateinamerika. Aber es ist erwähnenswert, dass dieses Megaprojekt nicht das einzige in der Region ist, und man kann es einer globalen Logik zuschreiben, dass man in Lateinamerika, und speziell in Zentralamerika, auf perverse Weise eine neue Entwicklungsperspektive durch

die extraktivistische Art von wirtschaftlicher Ausbeutung und Erleichterungen für die Operationen transnationalen Kapitals verbindet. Zwei weitere Beispiele kann man als demonstratives Beispiel mit den "Modell-Städten" (Ciudades Modelos) im Nachbarland Honduras anführen, sowie der Erdölausbeutung im amazonischen Naturreservat Yasuni in Ecuador.

Die letzten Ankündigungen über den Kanal

Seit Ende Juni als man das Gesetz Nr. 840 verabschiedete, dass die Tore im Lande für ein chinesisches Unternehmen zum Bau eines interozeanischen Kanals öffnet, hat man verschiedene Maßnahmen verwirklicht, die den Fortschritt des Projekts zeigen. Nach Verlautbarungen der Sprecher von HKND, hat das chinesische Unternehmen schon mit Machbarkeitsstudien begonnen und man arbeitet an der Festlegung möglicher Routen die der Kanal nehmen könnte, und man hat im Ausland einen Prozess zur Suche von Finanzierungsmitteln eingeleitet.

Zusätzlich hat man einige Treffen zwischen HKND und privaten nicaraguanischen Unternehmergruppen veranstaltet, welche die klare Absicht verfolgen, Lobbyarbeit mit dem Ziel zu betreiben, bei den nationalen Privatunternehmern Unterstützung und Legitimierung zu erreichen. Trotzdem haben sowohl die Mehrdeutigkeit und die öffentlichen Widersprüche der Sprecher des chinesischen Unternehmens, als auch der schwankende und gegensätzliche Diskurs der Regierung zum Fehlen von Transparenz und zu Unsicherheiten über das Projekt beigetragen.

Einige bekannte Unternehmer und Analysten des Landes haben ihre Meinung mit dem Argument zum



Ausdruck gebracht, dass der Kanal dem Land Nutzen bringen wird, das Projekt aber transparent durchgeführt werden müsse. Sie fügen hinzu, dass die Operation des chinesischen Unternehmens sich im Rahmen einer zwischen den USA und China etablierten globalen Übereinkunft abspielt, die eine Politik der Expansion der östlichen Macht in der lateinamerikanischen Region genau im Bereich der Investitionen zur Extraktion der natürlichen Ressourcen und Rohstoffe, wie dem Bergbau, einschließt. Währenddessen hat man auf der Seite der Bürgerbewegung, die das Projekt ablehnt, vor dem Hintergrund von Natur, den Auswirkungen und Folgen die das Projekt für das Land und zukünftige Generationen bereits hat und haben wird, eine Debatte eröffnet. Diese Debatte hat man durch legale Aktionen begleitet, die ihren Ausdruck in einer wahren Flut von Rechtsmitteln findet, die Gruppen von Bürgern wegen Verfassungswidrigkeit bei dem Obersten Gerichtshof eingelegt haben. Dagegen bezieht sich die Debatte auf eine wenig untersuchte Dimension, auf die Entwicklungsperspektive und die wirtschaftliche Logik die sich hinter dem Projekt verbirgt und wie diese nicht nur in

Nicaragua, sondern auch in anderen Ländern Zentral-und Lateinamerikas wirken.

Die Modellstädte in Honduras

Die Modellstädte in Honduras, zuerst in speziellen Entwicklungsregionen bekannt, waren als Teil des honduranischen Territoriums konzipiert, auf die Investition transnationalen Kapitals ausgerichtet, aber mit eigenem exekutivem und legislativem Rechtssystem das von Ausnahmegesetzen gestützt wird, mit dem Ziel, die Einrichtung großer industrieller Zentren und die Schaffung von Entwicklungspolen im Stile einiger asiatischer Städte zu ermöglichen. Nach eigenen Erklärungen des honduranischen Präsidenten werden sich die neuen Enklaven mit Sondergesetzen regieren, um den Fluss ausländischer Investitionen und das Vertrauen der Investoren sicherzustellen.

Andere öffentliche Erklärungen versichern, dass es das Ziel ist, Entwicklung und die Schaffung von einigen zehntausend Arbeitsplätzen in einem Zeitraum zwischen zwei und fünf Jahren herzustellen.

Um dieses Projekt durchzuführen, verwirklichte der Kongress eine Reform der Verfassung des Landes; die Durchführung des Projekts war die Aufgabe eines nordamerikanischen Unternehmens mit der Abkürzung MGK, von dem man vermutet, dass es mit den Gruppen der wirtschaftlichen Macht verbunden ist.

Den ersten Versuch diese Modellstädte zu errichten führte man im Jahr 2012 durch und sah sich dabei einem starken Widerstand unterschiedlicher sozialer Sektoren gegenüber, darunter die indigenen afro-honduranischen Gemeinden, die betroffen sein würden. Einige Personen und Organisationen legten bei dem höchsten Gericht Verfassungsklage ein. Das Gericht erließ einen günstigen Beschluss, der dazu führte, dass sich die am Projekt interessierte nordamerikanische Firma zurückzog. Aber zu Anfang 2013 verabschiedete eine parlamentarische Mehrheit ein Gesetz, das erneut unter dem Namen "Zonen der Beschäftigung und wirtschaftlichen Entwicklung" Grünes Licht für diese Art von Projekten gab.

Gemäß einer Analyse honduranischer Fachleute bedeuten Terminus des Gesetzes und Konzeption des Projektes eine schwere Verletzung der staatlichen Souveränität und des Territoriums der Nation. Darüber hinaus steht das Projekt über der gemeindlichen Autonomie, weil damit tatsächlich Enklaven geschaffen werden, die von außerhalb staatlicher Kontrolle regierenden Autoritäten geführt werden und in denen ausländische Investoren privilegiert und die lokalen Bevölkerungen betroffen sind, insbesondere die indigen Bevölkerung. Kurz gesagt, es geht um einen mit Ausnahmen regierten Staat im Staate. Währenddessen gehen die Aktionen des Widerstandes und der Ablehnung unterschiedlicher Sektoren der honduranischen Gesellschaft,



besonders der indigenen Orte und Gemeinden die vermutlich betroffen sein werden, weiter.

Die Ausbeutung des ecuadorianischen Yasuni

Dier Region Yasuni ist ein ecuadorianischer Nationalpark, der 1989 von der UNESCO zu einem Welt-Biosphärenreservat erklärt wurde. Seine Ausdehnung beträgt mehr als eine Million Hektar und ist weltweit eines der Gebiete mit größter biologischer Vielfalt. Das Gebiet ist eine Schutzzone, aber der Yasuni birgt in seinem Boden einen gewaltigen Schatz: eine große Menge Erdöl.

Anfänglich entwickelte die ecuadorianische Regierung ein unter dem Namen Yasuni-ITT bekanntes Projekt, das darin bestand, zum Schutze dieses amazonischen Gebietes das Erdöl im Boden zu lassen und dafür im Gegenzug eine internationale wirtschaftliche Kompensation zu erhalten. Trotzdem musste im Jahr 2012 die Regierung selbst das

Scheitern dieser Initiative wegen fehlender Beiträge zu dieser Kompensation einräumen und kündigte kürzlich die Ausbeutung der Ölvorkommen im Gebiet von Yasuni an.

Die Argumente der Regierung und Erklärungen des Präsidenten Correa selbst sagen, dass lediglich 1% des gesamten Nationalparks berührt sein wird, weil neue Technologien benutzen werden, um die Auswirkung auf die Umwelt zu verringern. Der wirtschaftliche Nutzen wird laut Regierung zur Verringerung der Armut weiter Teile der ecuadorianischen Bevölkerung beitragen. Die Ölförderung wird von dem staatlichen Unternehmen Petroamazonas EP durch-geführt, aber mit der Beteiligung transnationalen Kapitals, offensichtlich deutscher Herkunft, rechnen können. Überdies erwartet die Regierung, dass die Förderung den Umfang der Ölproduktion des Landes für einen Zeitraum von 11 bis 20 Jahren steigern wird.

Einige der hauptsächlichen Folgen der Regierungsentscheidung betrifft den Widerspruch, der den in

der Verfassung des Landes festgelegten Respekt und Schutz der Natur, das Risiko für die indigenen Gemeinden die im Inneren des Inneren des Parks in freiwilliger Isolation leben, das hohe Umweltisiko für Natur und die biologische Vielfalt durch austretendes Erdöl, sowie die Bedeutung die dieser Fall für andere Schutzgebiete in Amazonien und dem Rest Lateinamerikas hat, einschließt.

Verschiedene Sektoren der ecuadorianischen Gesellschaft, von den anerkannten Intellektuellen bis hin zu den Umweltschützern und indigenen Bewegungen, haben sich öffentlich gegen diese Regierungsentscheidung ausgesprochen, und einige ihrer wichtigsten Argumente zielen genau auf deren direkte und indirekte Folgen, wie die Kolonisierung des Reservats und die Konflikte die dieses mit den indigenen Gemeinden verursachen könnte, so wie auf das zweifelhafte Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen, welches die Regierung mit der Begründung Ölförderung gegen Armut aufgestellt hat.

Die Ähnlichkeit des Modells

Bei der Beobachtung der drei Fälle wird die Ähnlichkeit zwischen ihnen offensichtlich, deshalb ist es nicht schwierig zu verstehen, dass das Projekt des interozeanischen Kanals in Nicaragua, die Modellstädte in Honduras und die Ölförderung im Reservat von Yasuni in Ecuador, Typus einer Wirtschaft sind, die sich in Lateinamerika während des letzten Jahrzehnts, unabhängig vom dem politischen oder ideologischen Charakter der Regierungen, etabliert hat.

Eine der wesentlichen Ähnlichkeiten betrifft die Bereitschaft der Länder, die Türe für transnationales Kapital zu öffnen und die natürlichen Ressourcen auszubeuten. Gemäß einiger Studien zur globalen und

insbesondere zur lateinamerikanischen Wirtschaft ist dies eines der Merkmale des Neoliberalismus und die Anwendung seiner extraktivistischen Art, welche die Plünderung der Naturreichtümer und Rohstoffe der unterentwickelten Länder ohne größere Hemmnisse verfolgt. In diesem Fall besteht der kritische Punkt darin, dass diese neue extraktivistische Vorgehensweise auf lebenswichtige Ressourcen zugreift, die bis vor kurzem als Reserven der jeweiligen Länder oder der gesamten Menschheit angesehen wurden. Einige Gebiet in denen sich diese Art von Aktivität konzentriert, sind der Bergbau, insbesondere der Abbau von Gold, die Erdölförderung, die Holzvorkommen und die Wasserreserven. Wie man in Nicaragua und dem Rest Zentralamerikas wahrnehmen kann, sind das wirtschaftliche Aktivitäten, die während der letzten Jahre eine ungewöhnliche und beschleunigte Wiederbelebung erfahren haben.

Das transnationale Kapital kann aber nicht alleine operieren. Deshalb bildet es Allianzen mit den nationalen wirtschaftlich starken Gruppen, so dass es auf diese Weise innerhalb der Länder möglich ist, extraktivistische Projekte anzustoßen. Oft erscheinen diese mächtigen Gruppen nicht öffentlich, denn derjenige der sein Gesicht zeigt, ist das transnationale Unternehmen oder Gesellschaft die das Projekt leitet, aber es bestehen durch sie starke Interessen. Deshalb ist es im Falle von Nicaragua nicht ungewöhnlich, dass die ersten Maßnahmen der HKND darauf gerichtet waren, Zustimmung und Legitimierung bei den nationalen Unternehmern suchen.

Außer den nationalen Wirtschaftskräften braucht das transnationale Kapital einen weiteren "notwendigen Mitwirkenden", und diese Rolle ist dann für die Regierungen reserviert, die sich in die aktiven

Helfer und Schöpfer der erforderlichen Bedingungen für den Zugang und die Operationen der ausländischen Unternehmen mit transnationalem Kapital verwandelt haben. So sind die Regierungen und der Staatsapparat die Beauftragten zur Schaffung des notwendigen rechtlichen Rahmens, der erforderlichen verfassungsmäßigen Voraussetzungen, Widerstand zu ersticken und Diskurse zur Legitimierung derartiger Projekte zu führen.

So wie man in den Fällen von Honduras und Nicaragua sehen kann, hat dies die Durchführung von Reformen der jeweiligen Verfassungen und die beschleunigte Verabschiedung von Gesetzen die solche Projekte stützen, bedeutet. Darüber hinaus verschafft und genehmigt man staatlichen Institutionen Befugnisse, die in jeder Etappe und bei jeder Maßnahme der Projekte zur Unterstützung nützen. Im Falle von Nicaragua heißt dies die Unternehmen zu begleiten, welche die Machbarkeitsstudien für den Kanal, die Untersuchung der möglichen Routen und andere Vorhaben, wie die Festlegung der Örtlichkeiten und Eigentümer der Gebiete, die während des Baus des Kanals enteignet werden müssen. Überdies verändert man die Autonomie und Befugnisse der lokalen Regierungen und setzt sie aus und stellt sie entsprechend den Erfordernissen der transnationalen Firmen zur Disposition.

Die Regierungen sind auch die Beauftragten, diesen extraktivistischen Stil zu legitimieren und politisch zu ermöglichen. Dazu benutzen sie zwei Strategien. Die erste besteht in der Erarbeitung eines Diskurses, der diese Art von Projekten rechtfertigt. Die Argumentationslinien des Diskurses stützen sich auf die erwartete Entwicklung des Landes und das durch das Projekt geförderte Wirtschaftswachstum, die endgül-

tige Ausmerzung der Armut und das allgemeine Wohl der Bevölkerung und dem zukünftiger Generationen. In einigen Fällen, wie denen von Ecuador und Nicaragua, beruft man sich auch auf das Argument der "Kosten" oder den Verlust der Chancen, den die Nichtverwirklichung solcher Projekte für das Land bedeuten würde. Die zweite Strategie umschließt die Disqualifizierung jeglicher Opposition oder jedweden Widerstandes und wenn nötig, diesen zu unterdrücken.

Es ist offensichtlich, dass diese Art von extraktivistischen Modellen auf der Grundlage von Dreier-Allianzen beruhen, deren Akteure sind: ein unterstützender Staat, das transnationale Kapital und eine Gruppe nationaler Wirtschaftsmächte. Dies ist eine neue Form von Korporatismus, der weder die Beschäftigten, noch die verletzlichen Sektoren eines jeden Landes einschließt, und aus diesem Grund sind in keinem dieser Fälle Bürgeranhörungen bezüglich der Projekte und der Entscheidungen die schnell getroffen werden, vorgesehen.

Die direkten und indirekten Auswirkungen

Der Extraktivismus hat auf die Gesellschaften der Länder wo er tätig ist, direkte und indirekte Auswirkungen und die überdies weder isolierter noch kurzfristiger Natur sind. Einer der vielleicht schädlichsten und verhängnisvollsten Effekte ist die Plünderung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen. Einen Vorgeschmack von dem was in Nicaragua geschehen kann wenn der Bau des Kanals vorankommt, kann man an den Folgen des Bergbaus in verschiedenen südamerikanischen Ländern, oder noch näher, in Guatemala sehen.

Eine andere zukünftige nicht vorhersagbare Wirkung besteht in

der Schaffung von neuartigen Enklaven aus denen sich der Staat in jeder Hinsicht aus der Souveränität über dieses Gebiet zurückzieht: politisch, juristisch, administrativ, kulturell etc. Das ist der Verlust der staatlichen Funktion, die sich der Logik des transnationalen Kapitals unterordnet und letztendlich dessen und nicht die nationalen Interessen verteidigt und repräsentiert, mit Ausnahme denen der wirtschaftlich mächtigen Gruppen, die mit dem transnationalen Kapital verbündet sind.

Während die Regierungen diese Megaprojekte damit rechtfertigen, dass diese Schluss mit der Armut machen würden und zum Nutzen der Mehrheit der Bevölkerung wären, ermöglichen sie auf der anderen Seite den Anstieg von Beraubung und Enteignung indigener Gemeinden und der Örtlichkeiten, die sich an ihrem

Wege befinden. Wenngleich die Wegnahmen von Land und natürlichen Ressourcen der sichtbarste Teil der Beraubung ist, so wahr ist auch, dass die Auswirkungen von größerer Tiefe sind, denn es handelt sich hier um neue Prozesse der Kolonisierung und Eroberung wo überdies in den betroffenen Gemeinden und Gebiete das Leben selbst enteignet wird.

Abschließend bleibt festzustellen, dass sich hinter dieser Art von Megaprojekten des extraktivistischen Modells eine absolut globale, kapitalistische Perspektive und Logik von Entwicklung verbirgt, die, wie man an diesen drei Beispielen sehen kann, keine politischen Festlegungen der Regierungen erkennen lassen und was sowohl die Rechte, als auch die neue Linke einschließt. Tarnung nach außen, bleibt jedoch das wahre Wesen des Kapitals offensichtlich.

